

Widersprüchliche Zielsetzungen der Energiewende

Europa steht nicht nur aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise unter Druck. Der Schiefergasboom in den USA und erstarkende Schwellenländer erfordern Standortfaktoren, die international bestehen können. Dazu zählt ein umweltschonendes, sicheres und vor allem auch bezahlbares Energiesystem. „et“ sprach mit dem liberalen Europaabgeordneten Holger Krahmer, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie im EU-Parlament, über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Energie- und Klimapolitik.

„et“: Das aktuelle zentrale Thema in der Europäischen Union ist die Schuldenkrise. Wie wichtig ist die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa, um sie zu bewältigen?

Krahmer: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns eines deutlich gemacht: Für unsere weltweite Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt für die Sicherung unserer Sozialmodelle ist es unerlässlich, dass wir in Europa über eine starke, wettbewerbsfähige und breit gefächerte Wirtschaft verfügen. Das weltweite Umfeld für Unternehmen hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt. China, Brasilien, Indien und andere Schwellenländer sind zu Wettbewerbern auf Augenhöhe geworden. Technologien und Anpassungsfähigkeit werden im internationalen Wettbewerb zunehmend wichtiger.

Daraus ergeben sich für den Standort Europa sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas wurde lange medienwirksam beschworen, die politischen Entscheidungen haben aber meist das Gegenteil bewirkt. Vielleicht ist die Schuldenkrise eine Chance, dies zu ändern. Dass sie die Prioritäten in der gesamten politischen Landschaft verändert, ist jedenfalls längst zu beobachten.

„et“: Noch vor wenigen Jahren war die Auffassung weit verbreitet, dem Dienstleistungs- und Finanzsektor gehöre die Zukunft und Güterproduzenten

seien Auslaufmodelle. Nun ist von der „Reindustrialisierung Europas“ die Rede...

Krahmer: ... Die Finanzmarktkrise hat bei vielen Beteiligten eine Rückbesinnung auf die industrielle Wertschöpfung eingeleitet, die so zuvor nicht vorhanden war. Der Finanzsektor hat ein Eigenleben geführt und sich von den wirklichen Werten, die in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden, abgekoppelt. Inzwischen dürfte jedem klar sein, dass man nicht vom Handel mit gedrucktem Geld leben kann. Echte Wertschöpfung entsteht durch die Herstellung von Produkten in Kombination mit Dienstleistungen. Deutschland hat sich mit seiner breiten Industriestruktur, einer großen Branchenvielfalt, die durch große und kleine Unternehmen getragen wird, einen Vorteil erarbeitet, der gerade jetzt zum tragen kommt. Wettbewerbsfähigkeit ist aber kein statischer Zustand. Sie muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Deshalb muss man den Unternehmen, Bürgern und Verbrauchern Freiheiten für eigenverantwortliches Handeln und Entscheiden lassen.

„et“: Agiert die EU in dieser Richtung?

Krahmer: Die EU hat sich in den letzten Jahren eher dadurch hervor getan, die Wirtschaft ans Gängelband zu nehmen. Fragwürdige Schutzgesetze, insbesondere im Verbraucher-, Umwelt- und Klimabereich wurden erlassen. Anstelle einer beabsichtigten Schutzwirkung ziehen diese aber vor allem Bürokratie und Kosten nach sich.

Gerade durch eine sehr ambitionierte Klimapolitik, in deren Folge eine Subventions- und Förderlawine zum Ausbau erneuerbarer Energien zu beobachten war, gerät Europa in große Schwierigkeiten, denn die Kosten dieser Planwirtschaft drohen vollends aus dem Ruder zu laufen. Die Entwicklung der Energiepreise wird zur Achillesferse der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Volkswirtschaften. Europa erwacht soeben aus grünen Wunschträumen. Jetzt kommt es darauf an, in der Energiepolitik in Richtung Marktwirtschaft umzusteuern. Wenn wir das nicht schaffen, entsteht in Europa ein gewaltiges Armutsrisiko durch eine Deindustrialisierung, die an manchen Orten leider längst zu beobachten ist.

„et“: Wie beurteilen Sie, mit Blick auf den europäischen Strombinnenmarkt, dass jeder Staat sein eigenes Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien besitzt, anstatt sich um die Schaffung eines europäischen Rahmens zu bemühen?

Krahmer: Die Förderung einzelner Energiegewinnungsmethoden halte ich als Liberaler prinzipiell für den falschen Weg. Es kann nicht sein, dass politisch gewollte Energiegewinnungsmethoden gefördert werden, die am Markt nicht bestehen könnten. Wir sehen gerade beim EEG, wie wenig ein solches Subventionssystem funktioniert. Die aus dem Ruder laufenden Kosten aller Fördersysteme zwingen überall zum Umdenken. Vielleicht ist das ein Momentum für die Öffnung des europäischen Energiebinnenmarktes. Denn

„Es ist schwierig, in die ideologische, emotionale und auf falschen Argumenten aufgebaute deutsche Energie-debatte Rationalität hinein zu bringen. Vielleicht hilft es uns weiter, auf die Widersprüchlichkeit der Zielsetzungen aufmerksam zu machen. CO₂-Emissionen reduzieren zu wollen, Kernkraft abzuschalten, fossile Kraftwerke zu verteufeln, alles auf die Karte der erneuerbaren Energien zu setzen und dann noch zu sagen, die Energie muss bezahlbar bleiben, funktioniert nicht. Damit versucht die deutsche Energiepolitik die Quadratur des Kreises.“

Holger Krahmer Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP), Brüssel



Fakt ist, dass allein die bestehenden Anlagen, die natürlich einen Bestandsschutz der Förderung behalten müssen, dafür sorgen, dass regelmäßig Strom am Bedarf vorbei produziert wird. Diesen Effekt könnte man abmildern, indem es neue Anbieter- und Nachfrageverhältnisse durch Öffnung des Binnenmarktes gibt.

„et“: Ist die Erwartung einer durch CO₂-Einsparung getriebenen Revolution im Energiesektor nur eine Wunschvorstellung oder sind wir tatsächlich in der Lage, unser Energiesystem derart drastisch umzubauen?

Krahmer: Ich habe eine Revolution im Herbst 1989 in der früheren DDR persönlich miterlebt. Deshalb sage ich zum Thema Revolution als erstes: Revolutionen gehen nie von oben, sondern ausschließlich von unten aus. Es ist Unfug, eine technologische Revolution, in diesem Fall in der Energiewirtschaft, durch die Politik zu planen. Plan und Revolution schließen sich aus, denn Pläne werden immer von der Realität überholt. Genau das erleben wir derzeit erneut.

„et“: Inwiefern? Können Sie das konkretisieren?

Krahmer: Auf den Energiemärkten spielt sich eine Revolution von unten ab. Aber eine ganz andere, als wir erwartet haben, denn der technologische Fortschritt sorgt für die Förderfähigkeit von Öl- und Gasvorkommen in unkonventionellen Lagerstätten. Wir erleben in Wahrheit eine fossile Revolution. Sie stellt die gesamte globale Energiewelt auf den Kopf. Und sie stellt auch alle Wirtschaftlichkeitsberechnungen für erneuerbare Energien in Frage. Die Energieversorgung wird absehbar auf sehr lange Zeit überwiegend auf fossilen Brennstoffen basiert bleiben. Diese Energieträger sind preiswert und ihre Verfügbarkeit nimmt zu und nicht etwa ab. Gesellschaften, die

glauben, politisch eine grüne Revolution erzwingen zu können, werden ein wirtschaftliches und soziales Desaster erleben.

„et“: Im Rahmen des „Energiepolitischen Dreiecks“ mit Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit setzt Deutschland im Gegensatz zur EU nicht mehr auf Kernenergie, kommt beim Thema CCS (Carbon Capture and Storage) nicht voran und strebt eine weitgehende Versorgung durch Erneuerbare an. Bleiben in Deutschland Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit auf der Strecke?

Krahmer: Es ist schwierig, in die ideologische, emotionale und auf falschen Argumenten aufgebaute deutsche Energie-debatte Rationalität hinein zu bringen. Vielleicht hilft es uns weiter, auf die Widersprüchlichkeit der Zielsetzungen aufmerksam zu machen. CO₂-Emissionen reduzieren zu wollen, Kernkraft abzuschalten, fossile Kraftwerke zu verteuern, alles auf die Karte der erneuerbaren Energien zu setzen und dann noch zu sagen, die Energie muss bezahlbar bleiben, funktioniert nicht. Damit versucht die deutsche Energiepolitik die Quadratur des Kreises.

„et“: Wie lautet Ihre Antwort?

Krahmer: Meine Antwort heißt Marktwirtschaft. Wir brauchen dringend eine Entpolitisierung der Energiewirtschaft. Dazu gehört auch die Einsicht, dass Klimaschutz, sofern er überhaupt möglich ist, nur global funktioniert. Und auch hier wissen wir nach zwanzig Jahren internationaler Klimaschutzpolitik, dass ein globales Abkommen mit verbindlichen CO₂-Minderungszielen nicht erreichbar ist. Es ist lächerlich, unilaterale, nationale oder regionale Klimaschutzziele zu setzen. Solche kleinteiligen Klimaschutzmaßnahmen machen auf mich den Eindruck eines

quasireligiösen Charakters. Sie sind wirkungslos, aber sie entfalten den Glauben an eine gute Wirkung.

„et“: Der Rest der Welt bemüht sich stattdessen vor allem um Wachstum und Industrialisierung?

Krahmer: Ja, Europas selbsternannte Vorreiterrolle in der Klimapolitik ist endgültig gescheitert. Und zwar rein aus ökonomischen Gründen. Die Volkswirtschaften Asiens können es sich bei Strafe ihrer politischen Stabilität gar nicht erlauben, Abkommen zu unterschreiben, die ihre Wachstumsmöglichkeiten beschränken. Niemand interessiert sich für Europas Klimaschutzideen. Das sollten wir endlich zur Kenntnis nehmen. Hinzu kommen Zweifel an den wissenschaftlichen Grundlagen der Klimapolitik.

„et“: Welcher Art sind denn diese Zweifel?

Krahmer: Es wird immer offensichtlicher, dass wir über das komplexe System Klima viel zu wenig wissen, um mit politischen Steuerungsmaßnahmen auf klimatische Veränderungen reagieren zu können. Es deutet sich an, dass wir den menschlichen Einfluss auf klimatische Veränderungen massiv überschätzen. Wir sollten den bisherigen Ansatz, letztlich willkürliche Klimaschutzziele zu setzen, aufgeben und uns neue Strategien überlegen. Sofern man internationale Abkommen anstrebt, könnten diese sich um Anpassungsstrategien an die Folgen von Klimaänderungen drehen. Auch sind internationale Allianzen bei der Erforschung von Energieumwandlungstechniken denkbar.

„et“: Herr Krahmer, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte André Behr, Wissenschaftsjournalist, Zürich

ENERGIENEWS ONLINE: www.et-energie-online.de